

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
(E-Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

E-Mail: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn

Klappe (DW) Fax (DW)

Datum

Mag.TÜ/Mag.WEv

39202

28.07.2020

## **TARIFE 2.1 - Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des Konsultationsentwurfs und nimmt wie folgt Stellung:

Mit der Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich soll die Tarifstruktur aktualisiert und an die Gegebenheiten des sich weiterentwickelnden Stromsystems (wachsender Anteil erneuerbarer Energien, Sektorkoppelung, dezentrale Erzeugung etc.) angepasst werden. Die Tarifstrukturreform 2.1 verfolgt dabei die Ziele der Vereinfachung und der Transparenz, der Stärkung des Verursacherprinzips in der Kostentragung und auch die Abbildung von Erneuerbaren Energiegemeinschaften (EEGs) in der Tarifierungssystematik. Zur Förderung letzterer sollen auch entsprechend Anreizmechanismen (z.B. Ortstarif für EEGs) in der Tarifstruktur umgesetzt werden.

Die grundlegenden Überlegungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zum übermittelten Konsultationsentwurf sind:

- Die geplante Umstellung der Leistungspauschale für Haushalte auf gemessene Leistungen hat die Situation unterschiedlicher VerbraucherInnengruppen zu berücksichtigen. Soziografische und sozioökonomische Merkmale sind in die Analyse aufzunehmen und eindeutige und nachvollziehbare Berechnungsbeispiele vorzulegen.
- Adäquate Berechnungsbeispiele für die Auswirkungen der Neugestaltung der einzelnen Tarifkomponenten sind durchzuführen, insbesondere im Hinblick auf einkommensschwache und schutzbedürftige Haushalte, überdies sind die systemischen Auswirkungen vertiefender zu beschreiben.
- Umsetzung der im Rechnungshofbericht „Energiewirtschaftliche Maßnahmen gegen Energiearmut“ (Reihe Bund 2020/23) enthaltenen Empfehlungen, insbesondere im Hinblick der Empfehlung einer Befreiung von energiearmen Haushalten von verbrauchsunabhängigen Entgelten.

- Der Österreichische Gewerkschaftsbund befürwortet die vorgeschlagene Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts und die Reform des Netzzutrittsentgelts.
- Die Rechte der KonsumentInnen im Zusammenhang mit Smart Metern (insbesondere Datenschutzrechte) dürfen durch die Netzentgeltreform nicht geschwächt werden.
- Maßnahmen zur Senkung des eigenen Stromverbrauches (Demand-Side-Management) für Haushalte sollen auf Freiwilligkeit beruhen.
- Der Zugang zu neuen Modellen wie „Erneuerbaren Energiegemeinschaften“ soll – unter Wahrung aller konsumentenrechtlichen Regelungen – auch energiearmen und einkommensschwachen Haushalten ermöglicht werden.
- Der Österreichische Gewerkschaftsbund tritt für die Beibehaltung des Netzverlustentgelts ein, es soll jedoch eine Variante zur Prüfung der Ausweitung auf kleine EinspeiserInnen geprüft werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Wolfgang Katzian  
Präsident



Mag.ª Ingrid Reischl  
Leitende Sekretärin